

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1927

18 (19.1.1927) Hochschul-Beilage

HOCHSCHUL-BEILAGE

BEILAGE ZUM KARLSRUHER TAGBLATT

19. JANUAR 1927

Die Verfassungsfrage der Deutschen Studentenschaft.

Der Streit um die Verfassung der Deutschen Studentenschaft hat in den letzten Wochen die Öffentlichkeit in hohem Maße beschäftigt. Es sind dabei sowohl Unrichtigkeiten — Missverständnisse und absichtliche Entstellungen — durch einen großen Teil der Presse verbreitet, daß wir uns veranlaßt sehen, nachstehenden Artikel, der einen rein sachlichen Überblick über die Vorgeschichte des Konfliktes gibt, zu veröffentlichen.

Die Redaktion.

Durch

Erlaß des Preussischen Kultusministeriums über die Bildung von Studentenschaften an den preussischen Hochschulen vom 18. September 1920

war den Studentenschaften in der Frage der Zugehörigkeit folgendes Recht gegeben:

§ 1, Absatz 1. Die voll immatrikulierten Studierenden deutscher Staatsangehörigkeit einer Universität oder einer technischen Hochschule bilden die Studentenschaft.

§ 1, Absatz 2. Die Satzung der Studentenschaft (§ 3) kann bestimmen, in welchem Umfang und zu welchen Bedingungen voll immatrikulierter Ausländer an der Studentenschaft oder ihren Einrichtungen teilnehmen dürfen.

§ 1, Absatz 3. Den Studentenschaften der einzelnen preussischen Hochschulen steht es frei, sich untereinander sowie mit entsprechenden Organisationen der übrigen deutschen Hochschulen zu einer allgemeinen oder zu einer Deutschen Studentenschaft zu vereinigen.

Auf dem vierten Deutschen Studententag in Würzburg 1922 gab sich die Deutsche Studentenschaft in der

Frage der Zugehörigkeit und der Koalition

folgende Satzung der Verfassung:

Stück 1. Die Deutsche Studentenschaft besteht aus den deutschen Studentenschaften der Hochschulen des deutschen Sprachgebietes.

Stück 2. Die reichsdeutschen Studentenschaften müssen die Mitgliedschaft mindestens allen voll immatrikulierten Studierenden deutscher Reichsangehörigkeit und solchen deutscher Abkunft und Muttersprache gewähren.

Die auslanddeutschen Studentenschaften regeln ihre Zusammensetzung selbständig.

Die zur Vertretung der Einzelstudentenschaften berufenen Organe müssen aus allgemeinen, gleichen und geheimen Verhältniswahlen hervorgehen.

Stück 3. Die Deutsche Studentenschaft hat das Ziel, an den Aufgaben der deutschen Hochschule gegenüber dem deutschen Volke mitzuarbeiten.

Die Einzelstudentenschaft bestimmt im Sinne dieses Gesetzes der Deutschen Studentenschaft ihr Aufgabengebiet selbst.

Frage des Glaubensbekenntnisses und der Parteipolitik sind von der Verhandlung ausgeschlossen.

Trotzdem also das preussische Studentenrecht den Studentenschaften völlige Koalitionssouveränität läßt und ihnen eben an erster Stelle das Recht der Selbstverwaltung zugeht, hat der preussische Kultusminister Dr. Beder vor einigen Wochen (am 24. Dezember 1926) einen Erlaß herausgegeben, in dem es u. a. heißt:

Der Erlaß des preussischen Kultusministers Dr. Beder vom 24. Dezember 1926.

Der Preussische Landtag hat bei den Verhandlungen über den Staatshaushalt des Jahres 1926 einen Antrag angenommen, den ich als bekannt voraussetze. Die Absicht dieses Beschlusses ist, die im Laufe der letzten Jahre in der Organisation und der Praxis der Studentenschaften aufgetretenen tatsächlichen Abweichungen vom Geist und Wortlaut der preussischen Studentenrecht schaffenden Staatsministerialverordnung vom 18. September 1920 zu beseitigen und durch eine genauere Fassung der Staatsministerialverordnung ein für allemal Klarheit in der Auslegung der bestehenden Bestimmungen zu schaffen.

Zwei Punkte sind es im wesentlichen, in denen die gegenwärtig bestehende Übung innerhalb der Studentenschaften von den Absichten der Staatsministerialverordnung abweicht, die Behandlung der Auslanddeutschen in der Einzelstudentenschaft und die Auslegung des Begriffes der „entsprechenden Organisationen“, mit denen der Zusammenfassung zum Gesamtverbande zulässig ist.

Einwärtig der Aufnahme auslanddeutscher Studenten in ihren Kreis haben die einzelnen Studentenschaften zum Teil eine Erläuterung ausgeübt, die dem Geiste des § 1 der Staatsministerialverordnung keine Rechnung trägt. Es ist dabei auch der im Auslande unerwünschte Eindruck erweckt worden, als wäre unter den Auslanddeutschen ein einheitliches Auswahlprinzip allein nach dem Massestandpunkt durchzuführen.

Ich verkenne nicht, daß sich einzelne preussische Studentenschaften von solchen Verfahren gehalten haben, muß aber als Vertreter des Staates eine einheitliche Handhabung im Geiste gleichmäßiger Berücksichtigung aller an preussischen Hochschulen wirkenden Auslanddeutschen für staatspolitisch unerlässlich erachten. Da

die Einzelstudentenschaften ebenso wie zum Beispiel die Fakultäten als Einzelmitglieder der Selbstverwaltungsförderung der Hochschule ihre Zusammenfassung durch Rektor und Senat erhalten, ist der geeignete Weg zu einheitlicher Handhabung bei der Zulassung auslanddeutscher Studenten die Mitwirkung des an der Spitze des Selbstverwaltungskörpers stehenden Rektors. Wo an den Hochschulen die Mitwirkung des Rektors in dieser Angelegenheit vorhanden ist, hat sie dem Interesse der Studentenschaft gedient und das zwischen den Rektoren und den Studentenschaften bestehende Vertrauensverhältnis gestärkt.

Zum ändern hat in der derzeitigen Gesamtorganisation der Deutschen Studentenschaft das in § 1 der Staatsministerialverordnung vom Staat gegebene Recht, daß die Studentenschaften der einzelnen preussischen Hochschulen sich mit entsprechenden Organisationen zu einer allgemeinen oder zu einer Deutschen Studentenschaft vereinigen können, eine Auslegung gefunden, die niemals in der Absicht der Staatsministerialverordnung gelegen hat und im Widerspruch steht zu den staatsbürgerlichen Grundprinzipien der Verfassung.

Die Staatsministerialverordnung vom 18. September 1920 läßt, wie auch der angeführte Landtagsbeschluss, sinngemäß eine doppelte Lösung der Koalitionsfrage zu, die großdeutsche und die reichsdeutsche. Mit der Studentenschaft sollte ich die großdeutsche für die erwünschte, aber es muß wirklich eine großdeutsche sein. Die zurzeit bestehende ist nicht großdeutsche, sondern reichsdeutsch unter Hinzurechnung arischer Sondergruppen auslanddeutscher Hochschulen und bedeutet deshalb nicht eine Förderung, sondern geradezu eine Gefährdung des großdeutschen Gedankens. Entweder findet also die Koalition der preussischen Studentenschaften mit auslanddeutschen Studentenschaften so statt, daß alle auslanddeutschen Studentengruppen, und nicht nur wie bisher, die arischen in die Koalition eintreten, oder aber die preussischen Studentenschaften koalieren nur mit reichsdeutschen Studentenschaften. Zwischen beiden Lösungen wird die Studentenschaft zu wählen haben.

Die Antwort der Deutschen Studentenschaft.

Zu diesem Schreiben des Preussischen Ministers für Kultus und Unterricht schreibt der Vorstand der Deutschen Studentenschaft in einer Denkschrift u. a. folgendes:

Die Reichsverfassung der Deutschen Studentenschaft und die Satzungen der einzelnen Studentenschaften sowohl in Preußen als auch in den übrigen Hochschulländern des Deutschen Reiches schreiben vor, daß sämtliche Reichsangehörigen die Mitgliedschaft zur Studentenschaft zuerkannt werden muß. Nach § 1 Absatz 2 der Staatsministerialverordnung vom 18. 9. 1920 können darüber hinaus die preussischen Studentenschaften über die Teilnahme von Ausländern selbst entscheiden, ohne daß vom Staate irgend welche Richtlinien hierfür gegeben sind. Nebenbei lauten die Bestimmungen in den anderen Hochschulländern. Von diesem ihnen ausdrücklich zuerkannten Rechte haben die einzelnen Studentenschaften im Sinne der Verfassung der Deutschen Studentenschaft bei der Aufnahme von auslanddeutschen Studierenden Gebrauch gemacht, indem teils nur die in dieser Verfassung aufgestellten Mindestforderungen erfüllt wurden, teils die Mitgliedschaft über diesen Mindestkreis hinaus anderen Studierenden auch zuerkannt wurde.

Wenn im Kulturkreis der preussischen Landtages der Deutschen Studentenschaft von Herrn Minister Beder im Hinblick auf die Zusammenfassung der Deutschen Studentenschaft der Vorwurf des völkischen Prinzips gemacht wird, so dürfte dies mit der oben angeführten Tatsache widerlegt sein.

Für das Reichsgebiet ist das Staatsbürgerprinzip strikt durchzuführen,

während die auslanddeutschen Studentenschaften, unter Berücksichtigung der dort bestehenden tatsächlichen Verhältnisse, die unten näher dargelegt werden, allerdings anders organisiert sind. Da das Staatsbürgerprinzip für das Reich von der Studentenschaft voll anerkannt worden ist, so ist diese Forderung des Staates in der heute noch geltenden Würzburger Verfassung an ihrer eigenen Forderung erhoben hat, ist auch der Vorwurf, die Studentenschaft verstoße gegen die Grundprinzipien der Reichsverfassung, unrichtig. Für die reichsdeutschen Kommilitonen, für die allein die Verfassung gilt, sind keinerlei Unterschiede in der Behandlung gemacht worden.

Daß die deutschen Einzelstudentenschaften im allgemeinen von Ausländern nur solche deutscher Abstammung und Muttersprache als Mitglieder in die Studentenschaft aufnehmen, ist eine Tatsache, die von dem Herrn Minister sehr häufig in keiner Weise beanstandet wurde. Es soll bei dieser Gelegenheit auf folgendes hingewiesen werden:

1. Bei Erlaß des preussischen Studentenrechtes bestand bereits die in der Zugehörigkeitsfrage der Würzburger gleichlautende Würzburger Verfassung der Deutschen Studentenschaft, so daß sich der Herr Minister über die Auslegung der

Staatsministerialverordnung von Seiten der Studentenschaft von vornherein im klaren sein mußte. Obwohl also die Einstellung der Deutschen Studentenschaft bekannt war, verzichtete man damals bewußt auf jede Richtlinie über die Aufnahme von ausländischen Studenten, um der Studentenschaft bei der Regelung ihrer internen Angelegenheiten völlig freie Hand zu lassen.

2. Zahlreiche Satzungen von Einzelstudentenschaften, die der Verfassung der Deutschen Studentenschaft entsprechen und somit nach heutiger Auffassung im Widerspruch zur Ministerialverordnung stehen, wurden vom Herrn Minister noch in den letzten Jahren genehmigt. Erst seit kurzer Zeit erfolgen die Beanstandungen. Es liegt nahe, daß hier nicht juristische Bedenken, sondern parteipolitische Interessen für die plötzlichen Änderungsforderungen maßgebend sind.

Der Herr Minister glaubt die neuerdings erst festgestellten Mängel dadurch beseitigen zu können, daß er die Entscheidung über die Zugehörigkeit von auslanddeutschen Studierenden der Einzelstudentenschaft nimmt und in die Hand des Rektors legt. Er will damit eine Regelung einführen, die gegen das jeder Gemeinshaft zustehende Grundrecht verstößt, über den Kreis ihrer Mitglieder selbständig entscheiden zu können. Es ist richtig, daß der Staat für seine Staatsangehörigen gewisse Garantien fordern muß, wenn er eine öffentlich-rechtliche Organisation schafft; für diese Garantien sind von der Deutschen Studentenschaft für die deutschen Staatsbürger vollkommen gewährleistet. Darüber hinaus besteht aber keinerlei Anlaß, das Selbstbestimmungsrecht der Studentenschaft in irgend einer Weise zu beschränken.

Der Herr Minister betont, daß eine Mitwirkung des Rektors bisher dem Interesse der Studentenschaft gedient und dazu beigetragen habe, ein Vertrauensverhältnis zwischen Rektor und Studentenschaft zu schaffen. Der Studentenschaft liegt selbstverständlich sehr an einer Förderung dieses Vertrauensverhältnisses, sie stellt aber fest, daß bei der in Aussicht genommenen Regelung auf Grund der Landtagsbeschlüsse nicht mehr von einer Mitwirkung des Rektors bei der Entscheidung der Studentenschaft gesprochen werden kann, sondern daß der Rektor selbständig die Entscheidung ohne jedes Mitwirken der Studentenschaft fällt. Gegen eine derartige Lösung muß sich die Deutsche Studentenschaft entschieden wenden; die völlige Ausschaltung der Studentenschaft würde dem Vertrauensverhältnis zwischen den Hochschulbehörden und der studentischen Organisation zweifellos nicht dienlich sein.

Des weiteren fällt das Kultusministerium die Koalition der preussischen Studentenschaften mit den ausländischen Studentenschaften in ihrer derzeitigen Zusammensetzung für rechtlich unzulässig, da diese letzteren nicht eine den preussischen Studentenschaften „entsprechende“ Organisation seien. Einer Koalition könne in Zukunft nur stattgegeben werden, wenn die auslanddeutschen Studentenschaften sich ebenso wie die preussischen auf dem Staatsbürgerprinzip aufbauten. Es wird dadurch der Eindruck erweckt, als ob die auslanddeutschen Studentenschaften eine ganz willkürlich zusammengelegte Gruppe der Studierenden einer auslanddeutschen Hochschule bildeten, der in keiner Weise eine juristische oder tatsächliche Anerkennung von den zuständigen Hochschulverwaltungen oder Staatsbehörden zuteil geworden wäre. Dies entspricht nicht den Tatsachen.

Die Studentenschaft der freien Stadt Danzig war im Anfang ihrer Entwicklung auf dem Staatsbürgerprinzip aufgebaut. Die Ueber-schwemmung der Technischen Hochschule Danzig mit fremdstämmigen, insbesondere polnischen Studenten, zwang schließlich die Studentenschaft im Einverständnis mit den Hochschulbehörden und dem Senat der freien Stadt Danzig als oberste Staatsbehörde, ihre Zusammensetzung nach dem völkischen Prinzip abzuändern, so daß heute nur die Studierenden „deutscher Abstammung, Muttersprache und Gesinnung“ die Studentenschaft bilden. Hier haben also die Schwierigkeiten dazu geführt, daß das Staatsbürgerprinzip aufgehoben wurde, weil die zuständigen staatlichen Instanzen dieses Prinzip als den Interessen der Hochschule zuwiderlaufend ansahen. Eine Veränderung der Verfassung der Danziger Studentenschaft entsprechend den Forderungen des preussischen Kultusministeriums ist deshalb unmöglich. Eine Koalition der preussischen Studentenschaften mit Danzig müßte demnach in Zukunft vom preussischen Kultusministerium untersagt werden.

Rechtlich liegen die Verhältnisse in Deutsch-Österreich.

Auf die Verweisung Wiens durch die österreichischen Opationsgesetze, nach denen es jedem ehemaligen österreichisch-ungarischen Bürger nach einem zweimonatigen Aufenthalt in Österreich möglich war, die österreichische Staatsangehörigkeit zu erwerben, braucht an dieser Stelle nicht besonders hingewiesen zu werden. Daß z. B. von der heutigen Bevölkerung Wiens allein 10 Prozent Nationalitätsscheine sind und daß an einzelnen Fakultäten der Wiener Hochschulen 50-60 Prozent der Studierenden zwar österreichischer Staatsangehörigkeit, aber nicht deutscher Abstammung sind, was ja in Anbetracht der oben angegebenen Verhältnisse nicht ver-

wunderlich ist, ist eine Tatsache, die nicht hinweggeleugnet werden kann.

Auf Grund dieser verschiedenartigen Zusammensetzung der Studentenschaft war es unmöglich, ein Studentenrecht in der Form wie im Reich zu erlassen, da es sicherlich zu denselben Zuständen wie in Danzig geführt haben würde. Außerdem ist zu beachten, daß die Autonomie der österreichischen Hochschulen außerordentlich groß ist; die Rechtsstellung der Studentenschaft wird durch die Hochschulen und nicht durch das Unterrichtsministerium bestimmt, so daß also hier ein einheitliches Vorgehen nicht ohne weiteres möglich war. Von dieser der Hochschule zustehenden Befugnis zum Erlaß eines örtlichen Studentenrechtes haben bis auf die Universität Wien und die Hochschule für Welthandel Wien sämtliche deutschösterreichischen Hochschulen Gebrauch gemacht. Als Beispiel mögen die Bestimmungen des Professorenkollegiums der Technischen Hochschule Wien über studentische Vertretungskörper angeführt werden, in deren erstem Punkt es heißt:

„Allen ordentlichen Hörern der Technischen Hochschule in Wien steht das Recht zu, nach Abstammung und Muttersprache sich zu je einer Studentennation zusammenzuschließen, wenn die Anzahl der zu einer Studentennation vereinigen Hörer mindestens 2 Prozent der Anzahl aller ordentlichen Hörer erreicht.“

Die von einer Studentennation vereinigte Hörerschaft gleicher Abstammung und Muttersprache gilt den akademischen Behörden gegenüber als der Zusammenschluß aller an der Hochschule zugelassenen ordentlichen Hörer dieser Nationalität.“

Somit haben in Österreich die vom Staat mit der Entscheidung betrauten Stellen die Organisation auf dem Volksbürgerprinzip aufgebaut und als zweckmäßig anerkannt. Eine Veränderung der Zusammensetzung der Studentenschaft liegt auch hier außerhalb des Rechtsbereiches der Deutschen Studentenschaft und vor allen Dingen auch der österreichischen Studentenschaften. Sie können nur durch eine Abänderung der örtlichen Rechtsnormen durch die zuständigen Hochschulbehörden erfolgen. So kann auch hier dem Verlangen des Herrn Ministers von der Studentenschaft aus rechtlichen Gründen nicht Rechnung getragen werden. Eine Zusammenarbeit zwischen den preussischen Studentenschaften und den deutschen Studentenschaften in Deutsch-Österreich wäre somit in Zukunft unmöglich.

Ganz ausgeschlossen erscheint es jedoch bei den übrigen noch in Frage kommenden auslanddeutschen Studentenschaften, an den in der

Tschechoslowakei

gelegenen deutschen Hochschulen das geforderte Staatsbürgerprinzip einzuführen. Die Schwierigkeiten, die dort bestehen, und der Kampf, den die Deutschen um die Erhaltung ihres Volkstums zu führen haben, sind hinreichend bekannt. Daß die Einführung des Staatsbürgerprinzips dort den Keim der Zerkleinerung in die deutsche Studentenschaft hineintragen und damit deren Schicksal besiegeln würde, ist ohne weiteres klar. Heute liegen die Verhältnisse so, daß de facto die Studentenschaft dort als Vertretung der Gesamtheit aller deutschen Studierenden anerkannt ist. Infolge der nationalen Bedrohung des Deutschtums ist es also ausgeschlossen, fremdnationale Elemente in die Studentenschaft aufzunehmen. Das würde einem Selbstmord der Deutschen Studentenschaft gleichkommen. Die Forderungen des Herrn Ministers annehmen hieße also auch hier, die Zusammenarbeit mit den indetendentschen Hochschulen aufgeben, dem Deutschtum in der Tschechoslowakei in seinem Daseinskampfe einen vernichtenden Schlag versetzen.

Sollte das Studentenrecht in der vom preussischen Landtag vorgeschlagenen Form gegen den Willen der Deutschen Studentenschaft dennoch abgeändert werden, so würde sich weiterhin das Ansehen ergeben, daß z. B. ein österreichischer Staatsbürger nicht-deutscher Abstammung, der vielleicht bei vielen Gelegenheiten offen gegen das Deutschtum auftritt, beim Studium an einer preussischen Hochschule Mitglied der Studentenschaft wäre und daher in Preußen (d. h. staatsrechtlich im Auslande), mehr Rechte genießt, als in seinem eigenen Heimatstaat, in dem er nicht Mitglied der Deutschen Studentenschaft sein kann.

Die Deutsche Studentenschaft muß aus all diesen Gründen die geplante Abänderung der Staatsministerialverordnung ablehnen. Sie stellt nochmals fest, daß die Verhältnisse innerhalb der Studentenschaft und deren Verfassung, die sich in den letzten fünf Jahren aufrechterhalten hat, nicht Veranlassung zu diesem Schritt geben konnten und lehnt aus diesem Grunde die Verantwortung für alle aus diesem Schritt des Preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung entstehenden Folgen ab.

Soviel aus der Denkschrift der Deutschen Studentenschaft. Es soll hier nicht darauf eingegangen werden, was alles der Deutschen Studentenschaft in der letzten Zeit in den verschiedensten Presepolemiken vorgehalten wurde, auch nicht auf die Zwischenfälle, die durch das Ausschicken Heidelbergs aus der Deutschen Studentenschaft entstanden sind, sondern Zweck dieser Zeilen ist, lediglich eine Aufklärung zu geben, wie überhaupt neuerdings wieder ein Verfassungskampf in die Deutsche Studentenschaft hineingetragen worden ist.

INDUSTRIE- UND HANDELS-ZEITUNG

Die deutsch-englischen Handelsbeziehungen.

Die Aussichten für 1927

Von

Gilbert C. Layton,

Herausgeber des „Economist“ London.

Die wichtigste Frage der deutschen Tätigkeit als Mitglied des Völkerbundes im Jahre 1927 wird sich wahrscheinlich mehr in wirtschaftlicher als in politischer Beziehung bewegen. Auf dem Gebiet der Handelsbeziehungen wird sich im nächsten Jahr eine neue Genfer Konferenz abspielen. Ihr Programm ist sehr weit gezogen, doch wird allgemein anerkannt, daß die Frage der Handels- und Zollpolitik wichtiger als alle anderen Fragen ist. Wird man endlich den lang ersehnten Versuch machen, die Bewegung zur Erhöhung der Handelszölle, die seit dem Kriege so viel dazu beigetragen hat, den Weltmarkt im allgemeinen zu schaden und dem europäischen Handel im besonderen schwere Wunden zu schlagen, endlich einmal einzudämmen? In diesem Punkte fühlen sich Deutschland und England sicherlich eins.

In diesem Zusammenhang hat die Tarifpolitik der gegenwärtigen englischen Regierung in Deutschland manche Sorge hervorgerufen. In kürzlich stattgefundenen Unterredungen zwischen Industrieministern beider Länder wurde diese Frage in erheblicher Breite erörtert, doch waren die britischen Delegierten nicht in der Lage, sich irgendwie bezüglich der Haltung der Regierung in diesem wichtigen Punkte festzulegen. Um ein korrektes Bild zu geben, muß man sogar hinzufügen, daß sie selbst untereinander keinesfalls über die bezüglichen Vorzüge von Freihandel und Schutzoll im klaren sind. Man kann insofern in der ganzen Frage keine einheitlichen Ansichten zum Ausdruck bringen, doch ist es die persönliche Meinung des Autors dieses Artikels, daß die britische Regierung in den nächsten zwölf Monaten kaum einen entscheidenden Schritt in der Richtung nach höheren Schutzolln machen dürfte. Die Regierung hat sich dahin festgelegt, keinen allgemeinen Tarif während ihrer Regierungszeit einzuführen. Die im Jahre 1926 eingeführten neuen Zölle waren tatsächlich untergeordneter Natur. Der einzige wichtige Antrag für eine neue Industrieregulation in Europa werden, sollte der Versuch jedoch unglücklich ausfallen, werden wir wahrscheinlich zu der alten Form der nationalen Autarkie zurückkehren müssen mit den unvermeidlichen Folgen von Ueberproduktion, Dumping, Exportsubventionen und hohen Zöllen.

Um auch hier eine persönliche Ansicht auszusprechen, glaube ich, daß die britische Stahlindustrie wenigstens im ersten Teil des Jahres der Idee einer neuen Zusammenarbeit mit dem Kartell kaum sympathisch gegenüber stehen wird. Das hängt teilweise nicht nur mit dem von dem Unternehmen im Vergarbeiterstreik vom Jahre 1926 erzielten Erfolg und mit der Tatsache zusammen, daß es noch außerordentlich umfangreiche Aufträge in seinen Büchern hat, sondern auch mit der von einem größeren Optimismus getragenen Atmosphäre, die sich vielleicht unbedeutenderweise aber doch immerhin deutlich erkennen in letzter Zeit bemerkbar gemacht hat und die das Gefühl entwehen läßt, daß Großbritannien am besten seine traditionellen Freiheitsrechte behauptet und an der Beförderung der Weltverhältnisse durch das Stahlkartell Anteil nimmt, ohne daß es die Verpflichtung, die eine Mitgliedschaft nun einmal mit sich bringt, auf sich nimmt.

Zusammenfassend kann man bemerken, daß die Aussichten für die deutsch-englischen Handelsbeziehungen für das Jahr 1927 keineswegs ungünstig sind, daß sie jedoch günstiger sind als zu irgend einer Zeit seit 1918. Das das Jahr irgend eine besondere Entwicklung bringen dürfte, ist kaum wahrscheinlich, aber die Fortschritte, die gemacht werden, werden stetig und in ihren Wirkungen anhaltend sein.

ein erfreuliches Zeichen dafür, wie die Ermäßigung der Zinssätze immer mehr auch auf dem langfristigen Kapitalmarkt sich auswirkt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Dividende des Stahlvereins.

Die Dividende des Stahlvereins. Die vielfach verbreitete Meldung über die voraussichtliche Dividende der Vereinigten Stahlwerke A.-G. für das erste Geschäftsjahr vom 1. April bis 30. September 1926 bedarf lediglich aus Kombinations. Die Abschlußarbeiten sind infolge der umfangreichen Abwicklungsarbeiten mit den Granderwerken noch nicht abgeschlossen. Es läßt sich zurzeit noch nicht übersehen, ob eine Dividendenzahlung in Betracht kommt. Diese offizielle Mitteilung dürfte sehr ernüchternd wirken, nachdem schon sehr bestimmt lautende Nachrichten über eine Dividende von 4 Prozent für das sechs Monate umfassende Geschäftsjahr vorliegen.

Unausgewiesener Gewinn der „Ahl“. In der a. o. G. B. der Ahl A.-G. für Industriewerte in Bayern am 17. Januar wurde über den Stand der Liquidation berichtet. Der Durchführungsplan des mit der Julius Sichel & Co. A.-G. in Mainz abgeschlossenen Vertrages bezieht sich auf die einmal beschlossene Liquidation einer A. G. nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Ein Dividendschein ist noch nicht verbüchert.

In Bezug auf Sichel & Co. bemerkt der Bericht, daß sich voraussichtlich der per 31. März 1926 angeordnete Liquidationsüberschuß bis zum Ablauf des Geschäftsjahres erheblich erhöhen werde. Beim Sichel & Co. B. u. S. S. A. G. in der A. G. B. wurde die Ahl durch die Sanierung voranschreitend eine erhebliche und unerwartete Wertschätzung erreicht. Die Sichel & Co. B. u. S. S. A. G. in Mainz wird die Ahl nicht vorliegen. Sie nimmt aber an, daß bei der Durchführung des Vertrages mit Sichel den Aktionären ein, wenn auch nur bescheidener Teil des Wertes der Aktien bleiben werde. Das gesamte Personal ist auf Ende 1927 entlassen worden. Das Geschäft der Sichel-Gesellschaft läuft im April 1927. Nach den Erklärungen der Ahl, die noch mehr als die Hälfte der Sichel-Aktien im Vorbesitz hat, soll, wenn der Liquidationsbeschluss nicht rückgängig gemacht werden könnte, das Vermögen an die Sichel-Gesellschaft übertragen werden zur Weiterführung dieses Unternehmens.

Verzinsung der Dividendenrücklagen bei der Vereinigten Stahlwerke A.-G. in Augsburg. Ueber das Unternehmen wird eine Meldung verbreitet, daß für 1926 keine Dividende verteilt werden könne, daß aber in den letzten Monaten eine gewisse Geschäftsbelebung eingetreten sei, die für 1927 ein besseres Ergebnis erwarten läßt. Die Verwaltung des Augsburger Unternehmens tritt laut „M. N. N.“ mit, daß gegenwärtig noch keine diesbezügliche Aufklärungen gemacht werden können. Wie das Blatt aber von anderer Seite hört, war zwar der Geschäftsstand für 1926 unglücklich, hat sich jedoch in letzter Zeit gebessert. Bezüglich einer Dividendenausschüttung sei sich der Aufsichtsrat noch keineswegs einig.

A. G. für elektrische und industrielle Unternehmungen in Orient. Zürich. Mit einem Kapital von 5 Mill. Fr. wurde diese Verbindungsgesellschaft gegründet, die die finanzielle Beteiligung an elektrischen und industriellen Unternehmungen im Orient bezweckt. Die neue Gesellschaft beteiligt sich vorläufig hauptsächlich an der „Balkanischen Aktiengesellschaft“ (Balkan) für elektrische und industrielle Unternehmungen. Sofia, welche die bedeutendste und modernste Zementfabrik des Landes seit Jahren mit bestem Erfolg betreibt und auch ein Elektrizitätswerk mit einer Maschinenleistung von 8000 P.S., dessen Material hauptsächlich aus den Werkstätten Brown Boveri kommt, in Betrieb hat.

Lebensversicherungs-Gesellschaft Rhön in Wien (gegründet 1882). Die Gesellschaft, die seit 1889 in Deutschland tätig ist, hat die Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums zur Ausdehnung ihres Betriebes der Lebensversicherung auf das Gebiet des ganzen Deutschen Reiches erlangt. Der Rhön, der in langjähriger Verbindung mit der Münchener Lebensversicherungs-Gesellschaft steht, hat in seinem Gesamtvermögen in verschiedenen Währungen einen Versicherungsbestand im Gegenwert von ungefähr 550 Millionen Reichsmark.

Nähmaschinen- und Fahrradfabrik Bernhard Steiner A.-G. in Stettin. Der Aufsichtsratsvorsitzende Comm. Rat Hans Schlegler hat sein Mandat niedergelegt. Es dürfte sich um die Folge von Auseinandersetzungen mit dem Vorstand handeln. Der Aktienbesitz der Firma Abraham Schlegler dürfte schon seit langem nur noch sehr gering sein.

Leipziger Bierbrauerei zu Rudolph Riebeck & Co. A.-G. Der auf den 18. Februar einuberberufenden G. B. wird vorgeschlagen, 10 Prozent Dividende auf die Stammaktien, 6 Prozent auf die Vorzugsaktien Lit. A. und 10 Prozent auf die Vorzugsaktien Lit. B. zu verteilen.

Ludwig Böwe A.-G., Berlin. Gegenüber der anhaltenden Aufwärtsbewegung der Ludwig Böwe Aktien an der Berliner Börse erklärte die Verwaltung dem B. F. B. Handelsblatt auf Anfrage, daß dafür in den Verhältnissen der Gesellschaft gar kein Grund vorliege und weder eine Kapitalerhöhung, noch eine höhere Dividende zu erwarten sei. In Werkzeugmaschinen und Werkzeugen sei der Auftragsbestand schließend. Die hauptsächlichsten Abteilungen arbeiten nach wie vor nur vier Tage in der Woche. Die Kurssteigerung sei allem Anschein nach durch besonders günstige Momente und das rasche Aktienmaterial verursacht.

A. G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation. Nach der „B. F. B.“ ist mit einer erhöhten Dividende zu rechnen für das Geschäftsjahr 1926 zu rechnen. Es dürften jedoch 10 Prozent nicht erreicht werden (i. S. 6 Prozent). Bei der Aufstellung der Bilanz ist auch die Preisbewegung auf dem Metallmarkt zu berücksichtigen, wo die Metallpreise in der letzten Zeit eine rückläufige Bewegung aufwiesen.

Frankfurter Lebensversicherungs-Gesellschaft A.-G. Die Entwicklung des Geschäftes der Lebensversicherungs-Gesellschaft des Versicherungskonzerns der „Frankfurter“ war, wie uns geschrieben wird, natürlich durch die unglücklichen wirtschaftlichen Verhältnisse beeinträchtigt. Trotzdem darf aber, im ganzen betrachtet, der Geschäftserfolg 1926 als befriedigend bezeichnet werden. Die vorläufigen Zahlen zeigen einen Neuzugang an Lebensversicherungen bei der „Frankfurter“ von 152 Mill. M., bei der „Vereinigten“ von 117 Mill. M., bei der „A. F. A.“ von 88 Mill. M., bei der „Münchener“ von 41 Mill. M., im ganzen also Neuzugang von 398 Mill. M. Der Versicherungsbestand (ausgerechnet) betrug Ende 1926 auf etwa 1,2 Milliarden Reichsmark Versicherungssumme. Der Sterblichkeitsverlust war bei allen Konzerngesellschaften auch im letzten Jahr wieder günstig. Es ist bei allen Konzerngesellschaften wieder mit einer weiteren beträchtlichen Zunahme an der Gewinnreserve der Versicherungen zu rechnen.

Der Abschluß des Schultheiß-Konzerns. Die Schultheiß-Pagenhofer-Brauerei A.-G. Berlin weist ein Bruttoerträgnis von 66,77 Mill. gegen 55,78 Mill. im Vorjahr. Andererseits erforderten die Unkosten 27,01 (i. S. 26,08) Mill. Steuern 26,87 (27,74) Mill., Abschreibungen 4,52 (3,72) Mill. Der Reingewinn stieg von 4,24 auf 8,56 Mill., hat sich also mehr als verdoppelt. Es werden daraus 15 Prozent (10 Prozent) Dividende und gezahlt auf das dividendeberechtigende Stammkapital von jetzt 38,50 Mill., das sich bekanntlich durch den Umtausch der Kahlbaum-Aktien um 13,5 Mill. erhöht hat. Die ersten vier Monate haben ein betriebliches Bild gezeigt, aber der Rest des Jahres bis Ende August 1926 habe infolge unglücklicher Witterung eine dauernde, ziemlich gleichmäßige Verminderung des im ersten Jahresbericht erstellten Verbrauchs gebracht. Dadurch war der Umsatz aber doch noch größer als im Vorjahr (genauere Werte und Mengenangaben werden wieder nicht angegeben). In der Bilanz erscheinen als erhöhter Posten unter den Passiven 15,84 (15,50) Mill. Einlagen der Kunden und Angehörigen. Die Erhöhung wird damit erklärt, daß in der Hauptsache neue Depositen hinzugekommen seien und daß ferner 3,91 Mill. aus dem Konto Aufwertungsanleihe übernommen wurden. Kreditoren und Akzepten betragen 3,07 (3,70) Mill., während andererseits die Guthaben bei Banken, Konzernen und Tochtergesellschaften auf 12,55 (9,11) Mill. stiegen. Außenstände sind mit 2,08 (2,00) und Vorräte mit 4,09 (3,10) Mill. angegeben. Die gewöhnlichen Darlehen stellen sich auf 4,22 (3,97) Mill. und die abgetriebenen Wertpapiere und Wertgegenstände auf 5,22 (4,18) Mill. Darin seien 3,99 Mill. Kahlbaum-Aktien enthalten, die dem bekannten Angebot gemäß durch Veräußerung erworben wurden. Daneben erscheinen die oben erwähnten 13,5 Mill. neuen Aktien noch unter den Aktiven, da der Umtausch erst im Dezember vorgenommen wurde. Die Kasse blieb ungefähr unverändert mit 0,93 (0,98) Mill. Die Liquidität erscheint also ziemlich unverändert.

Die D. W. Werke A.-G. weist nach Am. 618 951 (529 008) Vorschreibungen einen Reingewinn von 3,14 (2,78) Mill. aus, woraus bekanntlich 10 Prozent Dividende auf 25 Mill. Kapital ausgeschüttet werden. Den Geschäftserfolg einfließen. Bankausflüsse von 19,30 (18,49) Mill. haben Vorräte von 1,60 (1,70) Mill. gegenüber. Eine Verrechnung des Gehaltes mit Schultheiß sei im bedauerlichen Einverständnis unterbleiben, weil die von beiden Gesellschaften erzielten Gewinne dem jetzigen rechnungsmäßigen Schlüssel (93 : 47) sehr nahe kämen.

Der erste Hypothekendarlehenabschluss. Die Hypothekendarlehenbank Hamburg schlägt 8 (i. S. 6) Prozent Dividende auf die Stammaktien und 6 (5) Prozent auf die Vorzugsaktien vor. (Vorkreditdividende 9 Prozent.) Nach dem Bericht war das verfloßene Jahr der Durchführung der Aufwertung der Hypotheken älterer Währungen gewidmet. Der Passivumsatz im Laufe hat sich um 24 auf 31,4 Mill. M. erhöht, der Hypothekendarlehen entsprechend um 25 auf 33,9 Mill. M. Das Jahr erhöhte die Kreditverhältnisse auch bei diesem Institut eine Kapitalerhöhung um 3,88 auf 9 Mill. Reichsmark statt. Zur Auszahlung von 20 bezw. 40 Reichsmark gefordert werden, worüber sich das Kapital von 5,12 auf 6,4 Mill. M. aus den 2,5 Mill. M. neuen Aktien soll ein Bezugsrecht 8 : 7 zu noch zu bestimmendem Kurse auf 6,4 Mill. M. gewährt werden. 200 000 M. sollen von dem Uebernahmefonds zum Zwecke der Bank befähigt werden, welche Vermehrung der Vorkreditaktien erfolgt nicht.

Commerz- und Privatbank A.-G. In der Aufsichtsratsitzung am Montag wurde, wie bereits angekündigt (siehe Nr. 12), beschloffen, einer auf den 8. Februar einuberberufenden a. o. G. B. die Erhöhung des Aktienkapitals um 18 Millionen auf 1. Jan. 1927 dividendenberechtigter Aktien auf 60 Mill. Mark vorzuschlagen. Von den neuen Aktien sollen 10 1/2 Mill. Mark den alten Aktionären im Verhältnis von 1 : 4 zu einem von der Generalversammlung festzusetzenden Kurs (wie verlautet zu 100-120 Prozent) zum Bezuge angeboten werden. Die restlichen 7 1/2 Mill. Mark werden von einem Konjunktium übernommen, welches dieselben zugunsten der Bank, und zwar zu einem den voraussichtlichen Bezugspreis übersteigenden Kurs bereits erwerben kann. Die Kapitalerhöhung verfolgt bekanntlich den Zweck, die Eigenmittel der Bank zu stärken und das Verhältnis zwischen Eigenkapital und fremden Geldern günstiger zu gestalten.

Diskontomäßigung in Wien. Die Nationalbank setzte den Diskontsatz ab 18. Januar von 7 Prozent auf 6 1/2 Prozent herab und ermäßigte den Lombardzinsfuß um 1/2 Prozent.

Banken.

Der erste Hypothekendarlehenabschluss.

Commerz- und Privatbank A.-G. In der Aufsichtsratsitzung am Montag wurde, wie bereits angekündigt (siehe Nr. 12), beschloffen, einer auf den 8. Februar einuberberufenden a. o. G. B. die Erhöhung des Aktienkapitals um 18 Millionen auf 1. Jan. 1927 dividendenberechtigter Aktien auf 60 Mill. Mark vorzuschlagen. Von den neuen Aktien sollen 10 1/2 Mill. Mark den alten Aktionären im Verhältnis von 1 : 4 zu einem von der Generalversammlung festzusetzenden Kurs (wie verlautet zu 100-120 Prozent) zum Bezuge angeboten werden. Die restlichen 7 1/2 Mill. Mark werden von einem Konjunktium übernommen, welches dieselben zugunsten der Bank, und zwar zu einem den voraussichtlichen Bezugspreis übersteigenden Kurs bereits erwerben kann. Die Kapitalerhöhung verfolgt bekanntlich den Zweck, die Eigenmittel der Bank zu stärken und das Verhältnis zwischen Eigenkapital und fremden Geldern günstiger zu gestalten.

Diskontomäßigung in Wien. Die Nationalbank setzte den Diskontsatz ab 18. Januar von 7 Prozent auf 6 1/2 Prozent herab und ermäßigte den Lombardzinsfuß um 1/2 Prozent.

Der Verkehr. Der Wasserstand des Oberrheins war in der zurückliegenden Woche recht günstig. Der Verkehr auf der Strecke Mannheim-Strasbourg gestaltete sich recht lebhaft. Der überwiegende Teil der Ladungsgüter sind nach wie vor Brennstoffe, nur vereinzelte Getreide oder sonstige Güter. Ein Aufschwung ist nicht notwendig. Die Schiffsflotte ging in den ersten Stand zurück und zwar folgte die Tonne Schlepptzug nach Karlsruhe 40-45 Bfa. und nach Rehl-Strasbourg 90-100 Bfa. Unfälle ereigneten sich nicht. Der Verkehr in der Straßburger Hafenanlagen war lebhaft. Eine Verlängerung der Hafenanlagen wurde bis jetzt nicht bemerkt. Die Fallanlagen ab Strasbourg haben in verstärktem Umfang wieder eingeleitet. hauptsächlich Grae nach den Ruhrhöfen. Für ein zur Beladung mit Eisen vorgeesehenes Rheinschiff wurde für die Strecke von Strasbourg nach Akin eine Tagesmiete von 4 Bfa. bezahlt. In Karlsruhe liegt der Umschlagbetrieb etwas nach, auch die Holzverladungen sind sehr zurückgegangen. Von Mann-

heim-Rheinland muß berichtet werden, daß die Beschäftigung der Kohlenumschlag-Anlagen nicht besser geworden ist. In den Rheinhäfen haben zwar die Krane bedeutend mehr zu tun, wie in Mannheim, jedoch gibt es auch in den erlgenannten Hafenanlagen Betriebe, die oft tagelang nichts zu tun haben. Durch den Wegfall der Leichterarbeiten der Oberheinschiffe wurden die Umschlagmengen geringer. Wenn nicht verstärkte Lieferungen des Ruhrgebietes nach Süddeutschland eintröfen, wird der Monat Januar weit unglücklicher werden wie der Vormonat. Die Salzverladungen ändern hieran nichts, denn die Hauptumschlagplätze liegt die Ruhrstraße. Die großen Kohlenlager wurden in den letzten Monaten durch Verkäufe nach dem Ausland entleert und damit die Möglichkeit geschaffen, jetzt von neuem wieder größere Bestände zu lagern. Diese Möglichkeit dürfte sich angesichts der unglücklichen Wirtschaftslage vorläufig wohl nicht in der Tat umsetzen lassen. Zu den Salzverladungen wurden fast ausschließlich Reederfahrzeuge benutzt, die infolge des günstigen Gebirgswasserstandes nahezu mit voller Last beladen werden konnten. Wenn auch auf der einen Seite eine bessere Ausnutzung der Schiffstonnage rentabler aussieht, so tritt auf der anderen Seite aber auch sofort ein Ueberfluß an Schiffraum ein. Es herrscht ein Ueberangebot von leeren Schiffen. In der zurückliegenden Woche wurden daher sehr viele leere Fahrzeuge talwärts verschleppt. Die Schlepplast reichte aus, in der Höhe der Talschlepphöhe gab es keine Veränderung. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Rheinschiffahrt und die Umschlagbetriebe in den kommenden Wochen schweren Sorgen entgegengehen: es ist bedauerlich, aber sehr leicht möglich, daß die große Beschäftigungslosigkeit vom vergangenen Frühjahr auch heute wieder Platz greift.

Märkte.

Vom Tabakmarkt.

Immer noch fanden seitens süddeutscher Tabakpflanzer vereinzelt Abfertigungen von 1926 er Tabak statt, meist von Ware, die spät verkauft wurde. In einem rheinpfälzischen Tabakort wurden insgesamt 200 Zentner verpachtet und an eine Firma in Kaiserslautern abgeliefert zum Grundpreis von 77 M je Zentner, wozu noch Bonitätszuschläge von 2 bis 17 Prozent treten. Bei den Abfertigungen des rheinpfälzischen Tabakorts Berg handelte es sich um Tabak, der durch Hagelschlag getötelt hat und wofür daher nur etwa 50-60 M je 50 Kg. erzielt wurden. Der oberbayerische Pflanzort Helmlingen (bei Regh) verpachtete 180 Zentner 1926 er Obergut, das an eine Bruchhauer Firma zu 68 M je Zentner abging. In Oberbaden sind immer noch einige 1000 Zentner Obergut in den Händen der Pflanzler, die die bisherigen Gebote als zu niedrig ablehnten. Immer größere Posten 1926 er Tabak verlassen jetzt die erste Fermentation und gehen in die sogenannte Mai-Fermentation über. Der Eindruck, den die Ware macht, befriedigt die bisherige Auffassung, daß die Qualität recht gut ist und vor allem die Farbe vorzüglich hervorsticht, so daß besonders die Schmelzgeruchherstellung in dem 1926 er Jahrgang ein sehr brauchbares Material erhält. Nachfrage nach 1926 er Pfläzer Gewächsen zeigte sich in unverminderter Weise, und wenn auch die hohen Forderungen der Verpächterfirmen den Verkauf erschweren, so fanden doch immer Abfertigungen statt.

Wie nicht anders möglich, tendierte auch der Markt für alte Pfläzer Hochstämme sehr lebhaft. Bisherig hat eine Firma 350 Zentner Pfläzer 1926 er Schmelztabak zu 75-85 M je Zentner, je nach Qualität an. Bei Bezug kleinerer Mengen verlangte eine badische Firma für 1924 er Jagarrentgut, Original-Umschlag und Einlage, 1 M für 1924 er entrippte Einlage 1,25 M für das Pfund. Für deutsche Einlage zeigte sich fortwährend gutes Interesse, wie auch Schneidegut älterer Jahrgänge, soweit in Qualität einwandfrei, regem Interesse begegnete. Die hohen Preise dürften sich, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, auch für die nächste Zeit behaupten. Am Markt für Rippen hat sich fortwährend bedrückende Nachfrage gezeigt, insbesondere nach Auslandsware. In Pfläzer Alpen konnten sich die Umsätze übrigens weiter ausdehnen. Die Rippenpreise lagen fast mit Neigung zum Anziehen.

Banken.

Der erste Hypothekendarlehenabschluss. Die Hypothekendarlehenbank Hamburg schlägt 8 (i. S. 6) Prozent Dividende auf die Stammaktien und 6 (5) Prozent auf die Vorzugsaktien vor. (Vorkreditdividende 9 Prozent.) Nach dem Bericht war das verfloßene Jahr der Durchführung der Aufwertung der Hypotheken älterer Währungen gewidmet. Der Passivumsatz im Laufe hat sich um 24 auf 31,4 Mill. M. erhöht, der Hypothekendarlehen entsprechend um 25 auf 33,9 Mill. M. Das Jahr erhöhte die Kreditverhältnisse auch bei diesem Institut eine Kapitalerhöhung um 3,88 auf 9 Mill. Reichsmark statt. Zur Auszahlung von 20 bezw. 40 Reichsmark gefordert werden, worüber sich das Kapital von 5,12 auf 6,4 Mill. M. aus den 2,5 Mill. M. neuen Aktien soll ein Bezugsrecht 8 : 7 zu noch zu bestimmendem Kurse auf 6,4 Mill. M. gewährt werden. 200 000 M. sollen von dem Uebernahmefonds zum Zwecke der Bank befähigt werden, welche Vermehrung der Vorkreditaktien erfolgt nicht.

Commerz- und Privatbank A.-G. In der Aufsichtsratsitzung am Montag wurde, wie bereits angekündigt (siehe Nr. 12), beschloffen, einer auf den 8. Februar einuberberufenden a. o. G. B. die Erhöhung des Aktienkapitals um 18 Millionen auf 1. Jan. 1927 dividendenberechtigter Aktien auf 60 Mill. Mark vorzuschlagen. Von den neuen Aktien sollen 10 1/2 Mill. Mark den alten Aktionären im Verhältnis von 1 : 4 zu einem von der Generalversammlung festzusetzenden Kurs (wie verlautet zu 100-120 Prozent) zum Bezuge angeboten werden. Die restlichen 7 1/2 Mill. Mark werden von einem Konjunktium übernommen, welches dieselben zugunsten der Bank, und zwar zu einem den voraussichtlichen Bezugspreis übersteigenden Kurs bereits erwerben kann. Die Kapitalerhöhung verfolgt bekanntlich den Zweck, die Eigenmittel der Bank zu stärken und das Verhältnis zwischen Eigenkapital und fremden Geldern günstiger zu gestalten.

Diskontomäßigung in Wien. Die Nationalbank setzte den Diskontsatz ab 18. Januar von 7 Prozent auf 6 1/2 Prozent herab und ermäßigte den Lombardzinsfuß um 1/2 Prozent.

Der Verkehr. Der Wasserstand des Oberrheins war in der zurückliegenden Woche recht günstig. Der Verkehr auf der Strecke Mannheim-Strasbourg gestaltete sich recht lebhaft. Der überwiegende Teil der Ladungsgüter sind nach wie vor Brennstoffe, nur vereinzelte Getreide oder sonstige Güter. Ein Aufschwung ist nicht notwendig. Die Schiffsflotte ging in den ersten Stand zurück und zwar folgte die Tonne Schlepptzug nach Karlsruhe 40-45 Bfa. und nach Rehl-Strasbourg 90-100 Bfa. Unfälle ereigneten sich nicht. Der Verkehr in der Straßburger Hafenanlagen war lebhaft. Eine Verlängerung der Hafenanlagen wurde bis jetzt nicht bemerkt. Die Fallanlagen ab Strasbourg haben in verstärktem Umfang wieder eingeleitet. hauptsächlich Grae nach den Ruhrhöfen. Für ein zur Beladung mit Eisen vorgeesehenes Rheinschiff wurde für die Strecke von Strasbourg nach Akin eine Tagesmiete von 4 Bfa. bezahlt. In Karlsruhe liegt der Umschlagbetrieb etwas nach, auch die Holzverladungen sind sehr zurückgegangen. Von Mann-

Berkehr.

Oberheinschiffahrt.

Der Wasserstand des Oberrheins war in der zurückliegenden Woche recht günstig. Der Verkehr auf der Strecke Mannheim-Strasbourg gestaltete sich recht lebhaft. Der überwiegende Teil der Ladungsgüter sind nach wie vor Brennstoffe, nur vereinzelte Getreide oder sonstige Güter. Ein Aufschwung ist nicht notwendig. Die Schiffsflotte ging in den ersten Stand zurück und zwar folgte die Tonne Schlepptzug nach Karlsruhe 40-45 Bfa. und nach Rehl-Strasbourg 90-100 Bfa. Unfälle ereigneten sich nicht. Der Verkehr in der Straßburger Hafenanlagen war lebhaft. Eine Verlängerung der Hafenanlagen wurde bis jetzt nicht bemerkt. Die Fallanlagen ab Strasbourg haben in verstärktem Umfang wieder eingeleitet. hauptsächlich Grae nach den Ruhrhöfen. Für ein zur Beladung mit Eisen vorgeesehenes Rheinschiff wurde für die Strecke von Strasbourg nach Akin eine Tagesmiete von 4 Bfa. bezahlt. In Karlsruhe liegt der Umschlagbetrieb etwas nach, auch die Holzverladungen sind sehr zurückgegangen. Von Mann-

heim-Rheinland muß berichtet werden, daß die Beschäftigung der Kohlenumschlag-Anlagen nicht besser geworden ist. In den Rheinhäfen haben zwar die Krane bedeutend mehr zu tun, wie in Mannheim, jedoch gibt es auch in den erlgenannten Hafenanlagen Betriebe, die oft tagelang nichts zu tun haben. Durch den Wegfall der Leichterarbeiten der Oberheinschiffe wurden die Umschlagmengen geringer. Wenn nicht verstärkte Lieferungen des Ruhrgebietes nach Süddeutschland eintröfen, wird der Monat Januar weit unglücklicher werden wie der Vormonat. Die Salzverladungen ändern hieran nichts, denn die Hauptumschlagplätze liegt die Ruhrstraße. Die großen Kohlenlager wurden in den letzten Monaten durch Verkäufe nach dem Ausland entleert und damit die Möglichkeit geschaffen, jetzt von neuem wieder größere Bestände zu lagern. Diese Möglichkeit dürfte sich angesichts der unglücklichen Wirtschaftslage vorläufig wohl nicht in der Tat umsetzen lassen. Zu den Salzverladungen wurden fast ausschließlich Reederfahrzeuge benutzt, die infolge des günstigen Gebirgswasserstandes nahezu mit voller Last beladen werden konnten. Wenn auch auf der einen Seite eine bessere Ausnutzung der Schiffstonnage rentabler aussieht, so tritt auf der anderen Seite aber auch sofort ein Ueberfluß an Schiffraum ein. Es herrscht ein Ueberangebot von leeren Schiffen. In der zurückliegenden Woche wurden daher sehr viele leere Fahrzeuge talwärts verschleppt. Die Schlepplast reichte aus, in der Höhe der Talschlepphöhe gab es keine Veränderung. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Rheinschiffahrt und die Umschlagbetriebe in den kommenden Wochen schweren Sorgen entgegengehen: es ist bedauerlich, aber sehr leicht möglich, daß die große Beschäftigungslosigkeit vom vergangenen Frühjahr auch heute wieder Platz greift.

Wie nicht anders möglich, tendierte auch der Markt für alte Pfläzer Hochstämme sehr lebhaft. Bisherig hat eine Firma 350 Zentner Pfläzer 1926 er Schmelztabak zu 75-85 M je Zentner, je nach Qualität an. Bei Bezug kleinerer Mengen verlangte eine badische Firma für 1924 er Jagarrentgut, Original-Umschlag und Einlage, 1 M für 1924 er entrippte Einlage 1,25 M für das Pfund. Für deutsche Einlage zeigte sich fortwährend gutes Interesse, wie auch Schneidegut älterer Jahrgänge, soweit in Qualität einwandfrei, regem Interesse begegnete. Die hohen Preise dürften sich, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, auch für die nächste Zeit behaupten. Am Markt für Rippen hat sich fortwährend bedrückende Nachfrage gezeigt, insbesondere nach Auslandsware. In Pfläzer Alpen konnten sich die Umsätze übrigens weiter ausdehnen. Die Rippenpreise lagen fast mit Neigung zum Anziehen.

Der Wasserstand des Oberrheins war in der zurückliegenden Woche recht günstig. Der Verkehr auf der Strecke Mannheim-Strasbourg gestaltete sich recht lebhaft. Der überwiegende Teil der Ladungsgüter sind nach wie vor Brennstoffe, nur vereinzelte Getreide oder sonstige Güter. Ein Aufschwung ist nicht notwendig. Die Schiffsflotte ging in den ersten Stand zurück und zwar folgte die Tonne Schlepptzug nach Karlsruhe 40-45 Bfa. und nach Rehl-Strasbourg 90-100 Bfa. Unfälle ereigneten sich nicht. Der Verkehr in der Straßburger Hafenanlagen war lebhaft. Eine Verlängerung der Hafenanlagen wurde bis jetzt nicht bemerkt. Die Fallanlagen ab Strasbourg haben in verstärktem Umfang wieder eingeleitet. hauptsächlich Grae nach den Ruhrhöfen. Für ein zur Beladung mit Eisen vorgeesehenes Rheinschiff wurde für die Strecke von Strasbourg nach Akin eine Tagesmiete von 4 Bfa. bezahlt. In Karlsruhe liegt der Umschlagbetrieb etwas nach, auch die Holzverladungen sind sehr zurückgegangen. Von Mann-

Märkte.

Vom Tabakmarkt.

Immer noch fanden seitens süddeutscher Tabakpflanzer vereinzelt Abfertigungen von 1926 er Tabak statt, meist von Ware, die spät verkauft wurde. In einem rheinpfälzischen Tabakort wurden insgesamt 200 Zentner verpachtet und an eine Firma in Kaiserslautern abgeliefert zum Grundpreis von 77 M je Zentner, wozu noch Bonitätszuschläge von 2 bis 17 Prozent treten. Bei den Abfertigungen des rheinpfälzischen Tabakorts Berg handelte es sich um Tabak, der durch Hagelschlag getötelt hat und wofür daher nur etwa 50-60 M je 50 Kg. erzielt wurden. Der oberbayerische Pflanzort Helmlingen (bei Regh) verpachtete 180 Zentner 1926 er Obergut, das an eine Bruchhauer Firma zu 68 M je Zentner abging. In Oberbaden sind immer noch einige 1000 Zentner Obergut in den Händen der Pflanzler, die die bisherigen Gebote als zu niedrig ablehnten. Immer größere Posten 1926 er Tabak verlassen jetzt die erste Fermentation und gehen in die sogenannte Mai-Fermentation über. Der Eindruck, den die Ware macht, befriedigt die bisherige Auffassung, daß die Qualität recht gut ist und vor allem die Farbe vorzüglich hervorsticht, so daß besonders die Schmelzgeruchherstellung in dem 1926 er Jahrgang ein sehr brauchbares Material erhält. Nachfrage nach 1926 er Pfläzer Gewächsen zeigte sich in unverminderter Weise, und wenn auch die hohen Forderungen der Verpächterfirmen den Verkauf erschweren, so fanden doch immer Abfertigungen statt.

Wie nicht anders möglich, tendierte auch der Markt für alte Pfläzer Hochstämme sehr lebhaft. Bisherig hat eine Firma 350 Zentner Pfläzer 1926 er Schmelztabak zu 75-85 M je Zentner, je nach Qualität an. Bei Bezug kleinerer Mengen verlangte eine badische Firma für 1924 er Jagarrentgut, Original-Umschlag und Einlage, 1 M für 1924 er entrippte Einlage 1,25 M für das Pfund. Für deutsche Einlage zeigte sich fortwährend gutes Interesse, wie auch Schneidegut älterer Jahrgänge, soweit in Qualität einwandfrei, regem Interesse begegnete. Die hohen Preise dürften sich, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, auch für die nächste Zeit behaupten. Am Markt für Rippen hat sich fortwährend bedrückende Nachfrage gezeigt, insbesondere nach Auslandsware. In Pfläzer Alpen konnten sich die Umsätze übrigens weiter ausdehnen. Die Rippenpreise lagen fast mit Neigung zum Anziehen.

Der Wasserstand des Oberrheins war in der zurückliegenden Woche recht günstig. Der Verkehr auf der Strecke Mannheim-Strasbourg gestaltete sich recht lebhaft. Der überwiegende Teil der Ladungsgüter sind nach wie vor Brennstoffe, nur vereinzelte Getreide oder sonstige Güter. Ein Aufschwung ist nicht notwendig. Die Schiffsflotte ging in den ersten Stand zurück und zwar folgte die Tonne Schlepptzug nach Karlsruhe 40-45 Bfa. und nach Rehl-Strasbourg 90-100 Bfa. Unfälle ereigneten sich nicht. Der Verkehr in der Straßburger Hafenanlagen war lebhaft. Eine Verlängerung der Hafenanlagen wurde bis jetzt nicht bemerkt. Die Fallanlagen ab Strasbourg haben in verstärktem Umfang wieder eingeleitet. hauptsächlich Grae nach den Ruhrhöfen. Für ein zur Beladung mit Eisen vorgeesehenes Rheinschiff wurde für die Strecke von Strasbourg nach Akin eine Tagesmiete von 4 Bfa. bezahlt. In Karlsruhe liegt der Umschlagbetrieb etwas nach, auch die Holzverladungen sind sehr zurückgegangen. Von Mann-

heim-Rheinland muß berichtet werden, daß die Beschäftigung der Kohlenumschlag-Anlagen nicht besser geworden ist. In den Rheinhäfen haben zwar die Krane bedeutend mehr zu tun, wie in Mannheim, jedoch gibt es auch in den erlgenannten Hafenanlagen Betriebe, die oft tagelang nichts zu tun haben. Durch den Wegfall der Leichterarbeiten der Oberheinschiffe wurden die Umschlagmengen geringer. Wenn nicht verstärkte Lieferungen des Ruhrgebietes nach Süddeutschland eintröfen, wird der Monat Januar weit unglücklicher werden wie der Vormonat. Die Salzverladungen ändern hieran nichts, denn die Hauptumschlagplätze liegt die Ruhrstraße. Die großen Kohlenlager wurden in den letzten Monaten durch Verkäufe nach dem Ausland entleert und damit die Möglichkeit geschaffen, jetzt von neuem wieder größere Bestände zu lagern. Diese Möglichkeit dürfte sich angesichts der unglücklichen Wirtschaftslage vorläufig wohl nicht in der Tat umsetzen lassen. Zu den Salzverladungen wurden fast ausschließlich Reederfahrzeuge benutzt, die infolge des günstigen Gebirgswasserstandes nahezu mit voller Last beladen werden konnten. Wenn auch auf der einen Seite eine bessere Ausnutzung der Schiffstonnage rentabler aussieht, so tritt auf der anderen Seite aber auch sofort ein Ueberfluß an Schiffraum ein. Es herrscht ein Ueberangebot von leeren Schiffen. In der zurückliegenden Woche wurden daher sehr viele leere Fahrzeuge talwärts verschleppt. Die Schlepplast reichte aus, in der Höhe der Talschlepphöhe gab es keine Veränderung. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Rheinschiffahrt und die Umschlagbetriebe in den kommenden Wochen schweren Sorgen entgegengehen: es ist bedauerlich, aber sehr leicht möglich, daß die große Beschäftigungslosigkeit vom vergangenen Frühjahr auch heute wieder Platz greift.

Wie nicht anders möglich, tendierte auch der Markt für alte Pfläzer Hochstämme sehr lebhaft. Bisherig hat eine Firma 350 Zentner Pfläzer 1926 er Schmelztabak zu 75-85 M je Zentner, je nach Qualität an. Bei Bezug kleinerer Mengen verlangte eine badische Firma für 1924 er Jagarrentgut, Original-Umschlag und Einlage, 1 M für 1924 er entrippte Einlage 1,25 M für das Pfund. Für deutsche Einlage zeigte sich fortwährend gutes Interesse, wie auch Schneidegut älterer Jahrgänge, soweit in Qualität einwandfrei, regem Interesse begegnete. Die hohen Preise dürften sich, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, auch für die nächste Zeit behaupten. Am Markt für Rippen hat sich fortwährend bedrückende Nachfrage gezeigt, insbesondere nach Auslandsware. In Pfläzer Alpen konnten sich die Umsätze übrigens weiter ausdehnen. Die Rippenpreise lagen fast mit Neigung zum Anziehen.

Der Wasserstand des Oberrheins war in der zurückliegenden Woche recht günstig. Der Verkehr auf der Strecke Mannheim-Strasbourg gestaltete sich recht lebhaft. Der überwiegende Teil der Ladungsgüter sind nach wie vor Brennstoffe, nur vereinzelte Getreide oder sonstige Güter. Ein Aufschwung ist nicht notwendig. Die Schiffsflotte ging in den ersten Stand zurück und zwar folgte die Tonne Schlepptzug nach Karlsruhe 40-45 Bfa. und nach Rehl-Strasbourg 90-100 Bfa. Unfälle ereigneten sich nicht. Der Verkehr in der Straßburger Hafenanlagen war lebhaft. Eine Verlängerung der Hafenanlagen wurde bis jetzt nicht bemerkt. Die Fallanlagen ab Strasbourg haben in verstärktem Umfang wieder eingeleitet. hauptsächlich Grae nach den Ruhrhöfen. Für ein zur Beladung mit Eisen vorgeesehenes Rheinschiff wurde für die Strecke von Strasbourg nach Akin eine Tagesmiete von 4 Bfa. bezahlt. In Karlsruhe liegt der Umschlagbetrieb etwas nach, auch die Holzverladungen sind sehr zurückgegangen. Von Mann-

heim-Rheinland muß berichtet werden, daß die Beschäftigung der Kohlenumschlag-Anlagen nicht besser geworden ist. In den Rheinhäfen haben zwar die Krane bedeutend mehr zu tun, wie in Mannheim, jedoch gibt es auch in den erlgenannten Hafenanlagen Betriebe, die oft tagelang nichts zu tun haben. Durch den Wegfall der Leichterarbeiten der Oberheinschiffe wurden die Umschlagmengen geringer. Wenn nicht verstärkte Lieferungen des Ruhrgebietes nach Süddeutschland eintröfen, wird der Monat Januar weit unglücklicher werden wie der Vormonat. Die Salzverladungen ändern hieran nichts, denn die Hauptumschlagplätze liegt die Ruhrstraße. Die großen Kohlenlager wurden in den letzten Monaten durch Verkäufe nach dem Ausland entleert und damit die Möglichkeit geschaffen, jetzt von neuem wieder größere Bestände zu lagern. Diese Möglichkeit dürfte sich angesichts der unglücklichen Wirtschaftslage vorläufig wohl nicht in der Tat umsetzen lassen. Zu den Salzverladungen wurden fast ausschließlich Reederfahrzeuge benutzt, die infolge des günstigen Gebirgswasserstandes nahezu mit voller Last beladen werden konnten. Wenn auch auf der einen Seite eine bessere Ausnutzung der Schiffstonnage rentabler aussieht, so tritt auf der anderen Seite aber auch sofort ein Ueberfluß an Schiffraum ein. Es herrscht ein Ueberangebot von leeren Schiffen. In der zurückliegenden Woche wurden daher sehr viele leere Fahrzeuge talwärts verschleppt. Die Schlepplast reichte aus, in der Höhe der Talschlepphöhe gab es keine Veränderung. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Rheinschiffahrt und die Umschlagbetriebe in den kommenden Wochen schweren Sorgen entgegengehen: es ist bedauerlich, aber sehr leicht möglich, daß die große Beschäftigungslosigkeit vom vergangenen Frühjahr auch heute wieder Platz greift.

Wie nicht anders möglich, tendierte auch der Markt für alte Pfläzer Hochstämme sehr lebhaft. Bisherig hat eine Firma 350 Zentner Pfläzer 1926 er Schmelztabak zu 75-85 M je Zentner, je nach Qualität an. Bei Bezug kleinerer Mengen verlangte eine badische Firma für 1924 er Jagarrentgut, Original-Umschlag und Einlage, 1 M für 1924 er entrippte Einlage 1,25 M für das Pfund. Für deutsche Einlage zeigte sich fortwährend gutes Interesse, wie auch Schneidegut älterer Jahrgänge, soweit in Qualität einwandfrei, regem Interesse begegnete. Die hohen Preise dürften sich, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, auch für die nächste Zeit behaupten. Am Markt für Rippen hat sich fortwährend bedrückende Nachfrage gezeigt, insbesondere nach Auslandsware. In Pfläzer Alpen konnten sich die Umsätze übrigens weiter ausdehnen. Die Rippenpreise lagen fast mit Neigung zum Anziehen.

Der Wasserstand des Oberrheins war in der zurückliegenden Woche recht günstig. Der Verkehr auf der Strecke Mannheim-Strasbourg gestaltete sich recht lebhaft. Der überwiegende Teil der Ladungsgüter sind nach wie vor Brennstoffe, nur vereinzelte Getreide oder sonstige Güter. Ein Aufschwung ist nicht notwendig. Die Schiffsflotte ging in den ersten Stand zurück und zwar folgte die Tonne Schlepptzug nach Karlsruhe 40-45 Bfa. und nach Rehl-Strasbourg 90-100 Bfa. Unfälle ereigneten sich nicht. Der Verkehr in der Straßburger Hafenanlagen war lebhaft. Eine Verlängerung der Hafenanlagen wurde bis jetzt nicht bemerkt. Die Fallanlagen ab Strasbourg haben in verstärktem Umfang wieder eingeleitet. hauptsächlich Grae nach den Ruhrhöfen. Für ein zur Beladung mit Eisen vorgeesehenes Rheinschiff wurde für die Strecke von Strasbourg nach Akin eine Tagesmiete von 4 Bfa. bezahlt. In Karlsruhe liegt der Umschlagbetrieb etwas nach, auch die Holzverladungen sind sehr zurückgegangen. Von Mann-

